



Ortsgespräch

Nr. 76

Dettingen-Wallhausen

März 1996



**Brigitte
Leibold:** Mir gehts um unser Land ...

Politik muß etwas bewegen: direkt - lebendig - konsequent

**Die SPD-Landtagskandidatin für den Wahlkreis 56 (Konstanz-Radolfzell-Höri)
BRIGITTE Leipold bezieht Position:**

Zur Person:

Brigitte Leipold ist 1943 in Klettendorf bei Breslau geboren und in Sachsen sowie später auf der Schwäbischen Alb aufgewachsen. Sie machte eine Ausbildung als Bauzeichnerin und begann in dieser Funktion vor 20 Jahren auf der Insel Mainau zu arbeiten. Nach einigen Jahren wechselte sie dann durch Zufall den Aufgabenbereich und ist jetzt Kulturreferentin. Seit 1991 sitzt sie in dem mittelständischen Unternehmen auch dem Betriebsrat vor, den sie selbst mitgegründet hat.

Brigitte Leipold hat im Januar diesen Jahres ihre 25jährige Parteizugehörigkeit feiern können. Sie sitzt in der zweiten Periode als Kreisrätin im Kreistag von Konstanz, ist darüber hinaus Mitglied des Jugendhilfe- und Sozialausschusses der Stadt Konstanz und auch im Landesvorstand der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) aktiv.

Brigitte Leipold ist verheiratet, hat zwei Söhne und eine Tochter (34, 32 und 22 Jahre alt) und vier Enkelkinder.

Ortsgespräch: Warum machst Du Politik? Wie engagierst Du Dich in der Politik?

Politisches Engagement hat immer etwas mit der eigenen Erfahrung zu tun. Es sei denn, das Politiker/Politikerinnen durch ihr Mandat oder Amt schon so abgehoben sind, daß sie den „normalen“ Bürgerinnen und Bürgern fremd geworden sind. Durch meinen Beruf als Kulturreferentin auf der Insel Mainau und meiner kommunalpolitischen Arbeit komme ich mit vielen unterschiedlichen Menschen zusammen und erfahre dadurch unmittelbar von deren Problemen und ihren Wünschen an die Politik. Deshalb werde ich in meinen Wahlkampf auch einen Schwerpunkt in der Begegnung mit Menschen legen, sei es nun am Stand in der Fußgängerzone, in den Betrieben unserer Region oder bei Hausbesuchen. Die Menschen sollen spüren, daß ich sie ernst nehme.

Ortsgespräch: Was bedeutet für Dich der Wahlkampf?

Für mich ist Wahlkampf eine faire aber deutliche Auseinandersetzung mit dem

politischen Gegner/der politischen Gegnerin. Der Wettbewerb um die bessere Ideen und Konzepte verlangt Streit und heftige Diskussionen. Er gibt mir selbst aber auch die Möglichkeit, meine Positionen zu überprüfen und durch neue Argumente zu untermauern.

Ortsgespräch: Was heißt für Dich Demokratie und Gerechtigkeit umsetzen?

Alle Menschen sind gleich. So steht es in unserem Grundgesetz, doch die Realität in Gesellschaft und Wirtschaftsordnung sieht anders aus. Deshalb muß die Politik kontinuierlich dafür sorgen, daß Ausgleich und Chancengerechtigkeit verwirklicht werden zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Mann und Frau sowie allen unterschiedlichen Gruppen in unserer vielfältigen und bunten Gesellschaft. Damit meine ich nicht, alle Menschen gleich zu machen - ganz im Gegenteil - aber gleiche Chancen für jede und jeden, sich in dieser Welt frei und unabhängig zu entfalten.

Für mich gehören Mitbestimmen, Einmischen, Mitgestalten vieler mündiger Bürger und Bürgerinnen zu einer gesunden

und lebendigen Demokratie. Dafür müssen die gewählten Politikerinnen und Politiker die Rahmenbedingungen erhalten, und wo Defizite sind, - ich nenne hier beispielhaft nur die Regelungen in der baden-württembergischen Gemeindeordnung zu Bürgerentscheiden, - diese beseitigen.

Ortsgespräch: Zukunftssichere Arbeitsplätze und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft sind zentrale Anforderungen an die Wirtschaftspolitik. Welches sind die Konzepte der SPD? Wo siehst Du Möglichkeiten und Chancen?

Als Betriebsratsvorsitzende eines bedeutenden, mittelständischen Unternehmens erlebe ich täglich die Sorgen und Nöte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Arbeitsplatzsicherheit kann nur durch zukunftsorientierte Technologien und Innovationen in den Unternehmen ermöglicht werden. Das Land braucht ein konsequentes Fortsetzen der dialogorientierten Wirtschaftspolitik von Dieter Spöri und Staatssekretär Rainer Brechtken bei der Unternehmer, Gewerkschafter und zum Teil Wissenschaftler mit den politisch Verantwortlichen an einem Tisch sitzen und gemeinsam die Probleme angehen. Der Förderkreis „Wirtschaft im Kreis“ dokumentiert, daß solche Konzepte auch in den Regionen ergänzend hinzukommen müssen.

Existenzgründungen müssen spezielle gefördert werden. Dabei steht für mich außer Frage, daß es hier besondere Programme für Frauen geben muß. In diesem Zusammenhang muß das Netz der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ in Baden-Württemberg flächendeckend ausgebaut werden. Die Kontaktstelle in Konstanz, die bei der Handwerkskammer angesiedelt ist und sehr erfolgreich arbeitet, muß durch eine zweite Beraterin erweitert werden, um Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen oder eben eigene Existenzen gründen wollen, noch intensiver unterstützen zu können.

Ortsgespräch: Die Bildungspolitik soll ein Schwerpunktthema des Landtagswahlkampfes sein oder werden. Wie

stellst Du Dir Reformen im Kulturbereich vor?

Als Mutter von drei Kindern und langjährige Elternbeiratsvorsitzende habe ich immer wieder erlebt, wie wenig unser Schulsystem familienbedingte Handicaps auffangen kann. Bildung muß für alle gleich erreichbar sein. Ob in den Schulen oder den Hochschulen, mehr Mitbestimmung und Autonomie ermöglichen mehr Flexibilität und Freiheit, um die vorhandenen Mittel besser einzusetzen. Um die Situation zu verbessern, dürfen die Klassenteiler nicht erhöht werden, sondern es müssen im Rahmen des finanziell Möglichen junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Desweiteren muß endlich die Schulreform voran gebracht werden; die Ausbildungsgänge müssen durchlässiger werden. Außer Frage steht für mich das Festhalten an dem dualen Ausbildungssystem, das natürlich an die gewandelte Berufswelt angepaßt werden muß. Genügend Ausbildungsplätze zu schaffen heißt auch, von jenen Unternehmen einen finanziellen Ausgleich zu verlangen, die ihren Beitrag zu dieser wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgabe verweigern.

Völlig unverständlich ist für mich die Bafög-Novelle mit dem Verzinsungsmodell. Hier muß eine neue Landesregierung sich für ein Studienfinanzierungsgesetz einsetzen, das eine elternunabhängige und bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Studierenden gewährleistet.

Ortsgespräch: Gleichberechtigung von Frau und Mann wird von vielen gefordert, doch die Realität sieht noch nicht so entsprechend aus. Wo siehst Du Ansatzpunkte für die Politik, hier weiter gegenzusteuern?

Als gestandene Frau habe ich erfahren, daß sich die Situation für Frauen und Mädchen zwar erheblich verbessert hat, von einer realen Gleichberechtigung aber noch nicht die Rede sein kann. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden Rufe wieder lauter, die Kinder und Küche als einzige Lebensziele für Frauen propagieren. Das darf nicht sein! Um die Erfahrungen und Sichtweisen von Frauen verstärkt in die Politik einfließen zu las-

sen, unterstütze ich die Forderung der SPD, durch eine Änderung des Landtagswahlrechts die Möglichkeit zu schaffen, mehr Frauen in den Landtag zu wählen. Konsequente Frauenförderung heißt für mich auch, in den Kommunen Frauenbeauftragte zu verankern, wie es in allen anderen Bundesländern schon geschehen ist. Das bedeutet eine Ergänzung des jetzt in Kraft getretenen Gleichstellungsgesetzes, das unsere Frauenministerin Brigitte Unger-Soyka zusammen mit der Fraktion in zähen Verhandlungen der CDU überhaupt abringen konnte.

Ortsgespräch: Jeden Tag gibt es neue Horrormeldungen über die Kosten unseres sozialen Systems und dessen angeblich bevorstehendem Kollaps! Welche Rolle kommt für Dich der sozialen Sicherheit in unserer Gesellschaft zu?

Als Kreisrätin und Sozialpolitikerin werde ich immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, unser soziales Netz sei zu teuer. Viele Begegnungen mit Menschen, die durch persönliche Notlagen auf die Hilfen des sozialen Netzes angewiesen sind, bekräftigen mich darin, mich für die Solidarität unserer reichen Gesellschaft mit diesen Personen einzusetzen. Spezielle Programme für Personengruppen, die teilweise in besonders schwierigen Lebenslagen sind, müssen ausgebaut oder fortgesetzt werden. Sozialministerin Helga Solinger und Staatssekretär Werner Weinmann haben hier sowohl für junge Arbeitslose wie für Langzeitarbeitslose viel getan. Ich denke dabei aber auch an altersgerechte, barrierefreie Wohnungen für die größer werdende Zahl von Senioren und Seniorinnen, an weitere Schritte zur Trennung der Märkte von harten und weichen Drogen durch eine liberale Drogenpolitik sowie an weitere Präventionsanstrengungen und eine Kinderpolitik, die Familien weiter entlastet (Wohnraum, Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztagschulen etc.). Darunter fällt für mich auch die Forderung, daß Alleinerziehende nicht von der Sozialhilfe abhängig sein dürfen!

Ortsgespräch: Was heißt für Dich eine solide Finanzpolitik und starke Kommunen in Baden-Württemberg, wie es im Regierungsprogramm der SPD steht?

Meine Erfahrung aus der Kommunalpolitik ist unter anderem auch, daß immer mehr Gesetze auf höherer Ebene beschlossen, den Kommunen dann aber nicht die notwendigen Mittel gegeben werden. Hier muß ein neuer Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden her und die kommunalen Steuern müssen modernisiert werden. Auf Landesebene muß die eingeschlagene Spar- und Einnahmepolitik fortgesetzt werden. Dies darf aber nicht auf dem Rücken der schwachen und weniger kraftvollen Interessensgruppen geschehen. So schnell wie möglich muß die ökologische Steuerreform kommen, damit deutlich wird, welche Umweltkosten tatsächlich entstehen. Dies wäre ein wesentlicher Schritt für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und gleichzeitig eine Entlastung des Faktors Arbeit.

Starke Kommunen leben von starken Bürgern und Bürgerinnen, deshalb müssen deren Mitwirkungsrechte erweitert werden. Das gilt auch für Jugendgemeinderäte, die nur etwas taugen, wenn Sie nicht als Feigenblätter für eine unzureichende Jugendpolitik den Ober-/Bürgermeistern unterworfen sind, sondern Rede- und Antragsrecht im Gesamtgemeinderat haben. Eine effiziente Verwaltung, die den Bürgern und Bürgerinnen schnelle und gute Dienstleistungen gewährleistet, muß durch weitere Reformen Wirklichkeit werden. Ich unterstütze den Reformansatz hin zu einem dreigliedrigen Verwaltungsaufbau in Baden-Württemberg und weitere Verwaltungsreformansätze, die im Innenministerium unter Frieder Birzele erarbeitet wurden und nun umgesetzt gehören.

Ortsgespräch: Ist die ökologische Wende tatsächlich bei den derzeitigen ökonomischen Rahmenbedingungen machbar?

Gerade wir hier am Bodensee, wissen wie wichtig und notwendig es ist, eine sensi-

ble Naturlandschaft zu erhalten und den Umweltschutz als Querschnittsaufgabe überall mit einzubeziehen. Nur so können wir davon ausgehen, daß auch die Generationen nach uns, auf der Erde auch noch leben können. Heute heißt dies für mich, daß durch Förderprogramm die Markteinführung für regenerativer Energien, vor allem der Solarenergie, massiv voran getrieben wird. Das angedachte 20.000-Dächer- und Fassadenprogramm kann nur der Anfang sein. Solche Ansätze und auch zeitgemäßer Naturschutz in Fremdenverkehrsregion wie hier am Bodensee zeigen, daß Ökologieaufwendungen auch für die Ökonomie ihren Nutzen haben und dies zukunftsorientiert ist. Umweltminister Harald B. Schäfer und Staatssekretär Peter Reinelt haben hier in der vergangenen Amtsperiode viele neue Impulse gegeben, auch durch das Umweltprogramm Bodensee, daß nun konsequent umgesetzt werden muß. Die Verkehrspolitik darf das Auto künftig nicht mißachten, dennoch muß die Leitlinie für die Zukunft sein: den öffentlichen Nah-, Fern- und Güterverkehr zu stärken, damit wir zusammen mit modernen integrierten Verkehrssystemen wirklich von einer umweltverträglichen Mobilität sprechen können.

Ortsgespräch: Es liegt auf der Hand, Dich als Kulturexpertin auch nach der Kulturpolitik zu fragen. Muß das „Sahnehäubchen“ der Politik anderen Schwerpunkten weichen?

Von Haus aus interessiert mich natürlich die Kulturpolitik. Meine Erfahrungen mit Zuschüssen und Förderprogrammen zeigen mir, daß sich noch immer die etablierte Kultur leichter tut. Ich weiß auch, daß Kultur Geld kostet und sich selten trägt. Dennoch kann und sollte sich eine Gesellschaft, die so reich ist, wie die unsere, dies leisten. Die kulturelle Vielfalt, die sich in Baden-Württemberg ausgebildet hat, muß erhalten werden. Dazu gehört längerfristige Planungssicherheit für die verschiedenen Kultureinrichtungen. Wichtig für mich ist die Zielrichtung, daß Kunst- und Kulturszene auf die Menschen zugehen, daß heißt auch Angebote in Regionen zu machen, die keine großen festen kulturellen Einrichtungen haben.

Der Grundsatz muß auch bei der Kultur sein, die Möglichkeit, daß daran alle teilhaben können. Es darf keine Entwicklung einsetzen, daß Kultur nur ein Gut der Reichen wird.

Ortsgespräch: Abschließend möchten wir von dir wissen, welche konkreten Wünsche Du für den Wahltag am 24. März hast?

Zum ersten hoffe und wünsche ich mir, daß viele Bürgerinnen und Bürger zur Wahlurne gehen und die Entscheidung darüber, wer in den kommenden fünf Jahren über Ihr Dasein in diesem Land mit zu entscheiden hat, ernst nehmen. Zum zweiten sehen ich eine Chance, daß wir nach dem 24. März eine Mehrheit für eine Reformregierung mit Bündnis 90/Die Grünen bilden und endlich die reformunfähige und verbrauchte CDU in die Opposition schicken können. Dazu braucht es aber eben eine starke SPD, nur dann kann eine solche Reformregierung auch tatsächlich zustande kommen. Und schließlich drittens, will ich dafür kämpfen, daß wir auch im Wahlkreis 56 einen Beitrag dazu leisten, daß die SPD gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht und damit auch die vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eine gute Grundlage für die weitere Arbeit hier im Kreis haben.

Packen wir es an, es lohnt sich: Politik direkt - lebendig - konsequent!

Ortsgespräch: Vielen Dank für das Interview!

„Sie entscheiden, ob Baden-Württemberg seinen eigenen typischen Weg geht: selbstbewußt und modern, mit Erfindergeist und Erfolg. Den Weg der Stärke. Und den Weg der Menschlichkeit.“

Dieter Spöri

Regenwasser - wohin ?

Kürzlich war im Mitteilungsblatt der Ortsverwaltung zu lesen, man solle den Mitarbeitern von Professor Sieker Zutritt zum Grundstück gewähren, irgendwelche Erhebungen seien notwendig.

Was steckt dahinter ?

Wie die nachstehenden Ausführungen der Konstanzer Entsorgungsbetriebe zeigen, wird das Wasserentsorgungssystem neu überdacht. Statt immer größere Kanalanlagen zu bauen und zu unterhalten, soll künftig dafür gesorgt werden, daß das Regenwasser erst garnicht in das Kanalnetz gelangt, sondern vor Ort ver-

sickert, bzw. gespeichert wird. Das gespeicherte Wasser kann z. B. zur Gartenbewässerung verwendet werden und reduziert so die Wasserabrechnung.

Durch eine Splittung der Abwassergebühr in einen Schmutzwasser- und einen Regenwasseranteil würden die Grundstückseigner, die Regenwasser nicht ins Kanalnetz einleiten, weiter finanziell entlastet. Allerdings ist hierzu die Änderung der Abwassergebührenordnung durch den Gemeinderat erforderlich.

Roland Schöner

Regenwasserbewirtschaftung/Mulden-Rigolen-System

Jeder kennt - zumindest aus Presse und Fernsehen - die teilweise verheerenden Auswirkungen von Überschwemmungen nach längeren Regenereignissen z.B. entlang von Rhein, Neckar, Mosel und vielen anderen Vorflutern.

Mit ein Grund für diese Überflutungen sind die bisherigen Methoden der Ableitung des Regenwassers, das auf den Dachflächen, den befestigten Holzflächen, den Straßen niedergeht: Möglichst schnell das Regenwasser in den nächsten Kanal einleiten. Von dort gelangt es auf möglichst kurzem Wege in den Vorfluter, wobei bei Mischwassersystemen noch der Reinigungsvorgang in der Kläranlage vorgeschaltet wird.

Nicht nur das in den letzten Jahren gewachsene „ökologische Bewußtsein“, sondern auch aus wasserwirtschaftlichen und ökonomischen Zwängen erwachsene Erkenntnisse haben dazu geführt, daß die bisherige Strategie der strikten Ableitung des Regenwassers aus den Siedlungsgebieten mittels Kanalisation nunmehr überdacht wird - und sich zu Gunsten ei-

ner naturnäheren Bewirtschaftung des anfallenden Wassers zu wandeln beginnt.

Durch die rasche Ableitung des Regenwassers

- wird die Grundwasserneubildung innerhalb der Siedlungsgebiete drastisch reduziert - mit entsprechenden negativen Folgen für den lokalen Bodenwasserhaushalt und den großräumigen Grundwasserleiter.
- Wird der Abfluß in den Gewässern nach entsprechenden Niederschlägen verschärft und führt zu Hochwässern und Überflutungen mit enormem Aufwand zur Schadensbeseitigung.
- Werden die Gewässer bei stärkeren Regenereignissen verschmutzt. Dies betrifft insbesondere die Mischwassernetze: Bei Starkregen muß eine Regenentlastung in das Gewässer erfolgen - mit Eintrag von Schmutzstoffen, die im stark verdünnten Mischwasser dennoch enthalten sind. Um dies zu verhindern, müssen aufwendige Re-

genrückhalteeinrichtungen (Regenklär- und Pufferbecken) gebaut werden.

Wie sehen die neuen Überlegungen/die anderen technischen Lösungen aus? Das Konzept beruht auf der Zielsetzung: So viel Versickerung wie möglich - so viel Ableitung wie nötig. Dabei Lösung am Entstehungsort des Problems, d.h., den Abfluß bereits dezentral in der Fläche gezielt und kontrolliert zu vermindern und zu dämpfen.

Konkret:

- Möglichst wenig geschlossene (asphaltierte, betonierte) Holzflächen anlegen. Wenn notwendig, mit offeneren Material ausführen (z.B. Kiesfläche oder Rasengittersteine).
- Dachwasser oberflächlich in flache begrünte Mulden einleiten - und von hier aus versickern lassen.
- Bei fehlender natürlicher Speicherfähigkeit wird unter der Mulde durch Bodenaustausch gegen poriges Kiesmaterial und dergl. dieser Versickerungsspeicher geschaffen. (Diese künstlich hergestellten Bodenspeicher werden mit Rigolen bezeichnet. Die Kombination beider Versickerungsmöglichkeiten nennt man Mulden-Rigolen-System).
- Für den Fall der Überlastung der Mulden - und Rigolenversickerung - z.B. durch Starkregen oder Behinderung der Versickerung bei gefrorenem Boden - wird ein Überlauf mit Trennsystem und Anschluß an den Oberflächenwasserkanal vorgesehen.

Was bedeutet diese neue Konzeption der Regenwasserbewirtschaftung für Dettingen? Das bestehende und geplante Entwässerungsnetz für Dettingen wird derzeit nach der neuen Konzeption untersucht - mit folgender Zielrichtung:

- Vorhandene Kanalhaltungen, die überlastet sind, sollen durch dezentrale Versickerung auf Bestandsflächen entlastet werden. Dadurch soll eine Er-

neuerung der bestehenden und überlasteten Kanalhaltungen vermieden werden.

- Künftige Baugebiete z.B. Schmidtenbühl, werden mit der Entwässerungskonzeption des Mulden-Rigolen-Systems geplant. Dadurch Reduzierung des Bauaufwandes für das klassische Entwässerungsnetz im Trennsystem. Außerdem soll eine bisher geplante/erforderliche Regenrückhalteeinrichtung (künstliches Becken) entfallen.
- Das für das bestehende Entwässerungsnetz von Dettingen erforderliche Regenrückhalte- und Regenklärbecken soll durch ein naturnahes Bodenfilterbecken ersetzt werden.

Das Ergebnis dieser Planungsüberlegungen soll noch in diesem Jahr allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern von Dettingen vorgestellt werden. Dabei sollen auch mögliche Konsequenzen für den Gebührenzahler aufgezeigt werden:

- Durch notwendige Investitionen für die Abwasserreinigung erhöhen sich zwangsläufig die Abwassergebühren. Bei einer Splitterung der Abwassergebühr in einen Schmutzwasseranteil und einen Regenwasseranteil ist es für jeden Grundstückseigentümer interessant, eine Reduzierung der Gebühren für den Regenwasseranteil zu erreichen, in dem bisher befestigte (asphaltierte, betonierte) Grundstücksflächen zu Versickerungsfällen verändert werden.

Ortsgespräch

Herausgeber: SPD-Ortsverein Dettingen-Wallhausen
Verantwortlich: Willi Schulte
Gestaltung: Schöner, Bargel
Druck: Romer-Druck, Konstanz,
Redaktionsanschrift: Willi Schulte
Lerchenweg 1, 78465 Konstanz

**Politik muß
etwas
bewegen:
direkt
lebendig
konsequent**

Brigitte Leipold , SPD